



Die Nationalratskandidaten im Kreuzfeuer. Schüler sind kein harmloses Publikum.

-Iv- Nationalratskandidaten aus 12 Parteien haben am vergangenen Dienstag an einem Podiumsgespräch und einer Diskussion mit den rund 120 Schülern aller achten Klassen des Gymnasiums Bäumlihof teilgenommen.

Drei Minuten standen den Kandidaten zur Verfügung, den Schülern zu erläutern und kundzutun, welche Schwerpunkte sie in Bern setzen werden. Die wenigsten hielten sich bei der Programmdeklaration an die Zeitlimite. Auf die verschiedenen Eintretensvoten soll in der Folge nicht eingegangen werden. Sie wurden der Reihe nach gehalten von: Hans Jeker (NA), Blanche Staehelin (FDP), Hugo Wick (CVP), Esther Zürcher (SP), Fritz Witschi (POB), Mathias Bonert (PdA), Hanspeter Bartsch (Grüne Spatzen), Hanspeter Eggenberger (SAP), Hansjörg Weder (LdU), Gisela Traub (DSP), Gerhard Kaufmann (VEW), Jürg A. Steib (LDP).

In der anschliessenden Fragestunde wollte ein Schüler vom Vertreter der Nationalen Aktion wissen, was die Ausländerzahl mit der Verschuldung der Schweiz zu tun habe. Die erhöhte Bevölkerungszahl ziehe auch höhere Infrastrukturkosten nach sich, meinte Hans Jeker daraufhin. Aus der Runde der Schüler wurde ihm entgegengehalten, dass nur Schweizer in die neu erstellten Bauten ziehen, die Ausländer aber beispielsweise im Matthäusquartier wohnen. H. Jeker, unter Beschuss stehend, betonte nochmals, er habe nicht gesagt, «die Ausländer seien schuld, sondern diejenigen, die sie in die Schweiz geholt haben».

Welche Möglichkeiten es für den Preisüberwacher gebe, wurde der Vertreter der LdU, Hansjörg Weder, gefragt. Es könne nicht akzeptiert werden, «dass ein zukünftiger Preisüberwacher keine Kompetenzen bei der Preisgestaltung der öffentlichen Hand habe». Wo er die Grenze zwischen gerechtfertigter und ungerechtfertigter Preiserhöhung ziehe, wurde Hj. Weder weiter gefragt. Die früheren Versuche haben gezeigt, dass allein schon das Vorhandensein eines Preisüberwachers als «Barriere gewirkt hat».

«Wenn wir schon bei 'Weniger Staat - mehr Freiheit' sind», fragte ein Schüler, «müsste da als logische Folge nicht auch die Armee abgebaut werden, da es weni-

ger zu verteidigen gibt?» FDP-Vertreterin Blanche Staehelin sprach sich für eine starke Armee aus. Angesprochen auf die Zivildienstinitiative meinte B. Staehelin, das Problem Zivildienst müsse geregelt und ein Konsensus gefunden werden. Man könne ja schliesslich auch nicht sagen, «ich bezahle keine Steuern mehr, und gebe dafür etwas dem Roten Kreuz». Hj. Weder meinte, die Ethik stehe vor dem Gesetz, deshalb müsse das Gesetz der Ethik angepasst werden, und nicht umgekehrt die Ethik dem Gesetz. Hugo Wick als Vertreter der CVP betonte, dass die VEW damals voll hinter der Münchensteiner Initiative gestanden ist. Persönlich sei es ihm sehr wichtig, dass das Problem der Dienstverweigerer gelöst werde, zumal er im Militär sehr oft damit konfrontiert werde. Fritz Witschi (POB) wies darauf hin, dass das Problem auch darin zu suchen sei, dass die Militärstrafjustiz der demokratischen Kontrolle vollkommen entzogen sei.

Alle Vertreter der Parteien waren mehr oder weniger für den Umweltschutz. Auf die Frage, wer von den Vertretern mit dem Auto gekommen sei,

streckten Gisela Traub (DSP), sie allerdings kam von Pratteln, und Jürg Steib (LDP) auf. Drei sind mit dem Velo gekommen. (Wick, Eggenberger und Bonert). H. Wick (CVP) stellte die Gegenfrage, wer von den Schülern mit dem Töff gekommen sei. Es streckten einige auf. Die Dritte Welt sei nur sehr wenig zur Sprache gekommen, wie man sie zu berücksichtigen gedenke, fragte ein Schüler. Mathias Bonert (PdA) meinte, man müsse bei den Handelsbeziehungen die Dritte Welt bevorzugen.

Zum Schluss des Podiumsgesprächs meldete sich ein Schüler vorwurfsvoll, «nun hat jeder viel geredet, aber gemacht wird nichts». Gerhard Kaufmann als Vertreter der VEW entgegnete quasi als Schlusswort, es sei zwar schwer und gehe sehr lange, aber es liesse sich in der Schweiz durchaus noch einiges verändern. Die Gemeinde Riehen habe schon vor fünf Jahren das Problem des sterbenden Waldes erkannt, hier aber habe der Bund zu langsam reagiert. «Die Demokratie», so ergänzte Kaufmann, «ist die schlechteste Regierungsform, alle anderen sind schlechter».